



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 0 886 890

Z/XVI/214 - 22. September 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Es geht um Deutschland</u> Macht Schluss mit dem Kuhhandel!	44
2 - 3	<u>Neue Aspekte des Jugendschutzes</u> Nicht nur "sex", auch politischer Schund muss beachtet werden! Von Gerhard Halberstadt	85
4 - 5	<u>Der politische Weg Zyperns</u> Freund der Bundesrepublik Von Dr. Basil Mathiopoulos	88
6 - 7	<u>Polnische Ostseehäfen immer interessanter</u> Prager Stimmungsmache für Gdingen und Stettin Von Rudolf Hornig	78

* * *
* *

Es geht um Deutschland

Macht Schluss mit dem Kuhhandel !

sp - In der schwülen Bonner Luft jagt eine Kombination über die Regierungsbildung die andere; sogenannte Versuchsballons für diese oder jene Lösung der Kanzlerkrise werden losgelassen. In der Welt aber geschieht folgendes:

1. Der amerikanische Außenminister R u s k verhandelt mit dem sowjetischen Außenminister G r o m y k o 4 1/2 Stunden hinter verschlossenen Türen. Gemeinsam wird nachher erklärt, die Herren hätten "nichts Besonderes" besprochen. Dabei weiss jeder einigermaßen unterrichtete Politiker in der Bundesrepublik, dass es bei diesem Gespräch nicht nur um die Nachfolge Hammarskjölds, sondern auch um die Vorbereitung des ersten Aktes der kommenden Berlin- und Deutschlandverhandlungen zwischen Moskau und Washington ging.

2. Der britische Außenminister Lord H o m e meint, die Kompromissbereitschaft bei der Regelung der Berlin- und Deutschlandfrage sei allseits festzustellen.

3. Der Kongress der Liberalen Partei Grossbritanniens fordert die britische Regierung auf, die DDR und die Oder-Weisse-Linie anzuerkennen.

4. Der italienische Ministerpräsident F a n f a n i hält sich als "unbeteiligter Makler" für die Vorbereitung eines Kompromisses zwischen Washington und Moskau in der Berlin- und Deutschlandfrage bereit.

5. Der langjährige NATO-Generalsekretär und jetzige belgische Außenminister Paul Henri S p a a k ist seit der Rückkehr aus Moskau bemüht, alle seine früheren Auffassungen über den "Einsatz militärischer Mittel zur Durchsetzung des westlichen Standpunktes gegenüber Moskau" vergessen zu machen.

6. Zonendiktator Ulbricht erhält von der "Volkskammer" das Ermächtigungsgesetz zur Ausübung der totalen Macht.

In Bonn jedoch kurven die Gerüchtemacher. Man bietet der Welt ein lamentables Schauspiel und ist jetzt schon im Begriff, die deutsche Position sowohl gegenüber dem Osten wie auch dem Westen zu untergraben.

In dieser Situation, da Illusionen, Träume und Wunschvorstellungen an den harten Realitäten der Umwelt zerbrechen, gibt es nach unserer Auffassung nur eine Möglichkeit, das nationalpolitische Anliegen des ganzen deutschen Volkes einigermaßen anständig zu vertreten.

Das ist die klare Bilanz dessen, was in den letzten Wochen und Monaten mit Wissen oder gar Billigung der gegenwärtigen Regierung geschehen ist, aber nicht ausgesprochen wurde, und die möglichst schnelle Bildung einer aus den im Bundestag vertretenen Parteien bestehenden Regierung der nationalen Konzentration.

Jede andere "Lösung" der gegenwärtigen Kanzlerkrise wäre Partei-egoismus.

Neue Aspekte des Jugendschutzes

Von Gerhard Halberstadt

Die Bemühungen um den Schutz der Jugend haben ihre Geschichte. Viele bedeutende Erzieher, Juristen, Geistliche und Beamte haben an ihr verdienstvoll mitgewirkt; ein jeder hat dieses wesentliche Gebiet gesellschaftlicher Aktivität nach seinem Herkommen, nach seinen Erfahrungen, Erkenntnissen und Ansichten mitgeprägt. Mögen einige wenige von vornherein die Notwendigkeiten in ihrer Komplexität erkannt oder erahnt haben, die meisten haben sich in der Sorge um eine möglichst ungefährdete und ungebrochene Entwicklung junger Menschen in der praktischen Arbeit auf bestimmte Bezirke begrenzt. So entstanden die Bestrebungen und Einrichtungen zum Schutz vor Suchtgefahren, zum Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit, am Arbeitsplatz, zum Schutz vor literarischem Schmutz und Schand. Die Verbindung zwischen diesem breiten Bereich des sittlichen Jugendschutzes mit dem spezielleren des Jugendarbeitsschutzes vollzieht sich gerade jetzt vor unseren Augen.

Aussenstehende haben - vom Jugendarbeitsschutz jetzt einmal abgesehen - diese Bemühungen unter der Sammelbezeichnung moralischer oder auch sittlicher Betätigungen wohl verborgen und sich nicht sonderlich um sie gekümmert; diese Sorgen schienen ihnen in den Händen der Pfarrer und Lehrer wohl zu ruhen. Nun hat das Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften (GjS) vom 9. 6. 1953 ganz prononziert politische Aspekte in diesen Bereich eingebracht, wohl aus der schauerlichen Erkenntnis, in wie hohem Maße sittliches Fehlverhalten auch im politischen Bereich möglich und keinesfalls mit Sicherheit für die Zukunft ausgeschlossen ist: Der § 1 (1) dieses Gesetzes nennt als mögliche Quelle der Jugendgefährdung Verherrlichung von Rassenhass und Krieg neben der Verherrlichung von Verbrechen besonders.

Zunächst hatte diese gesetzliche Erweiterung keinerlei praktische Folgen. Der "sittliche" bzw. "moralische" Aspekt beherrschte nach wie vor allein die Szene; Anträge auf Indizierung von Schriften begründeten sich durchweg aus literarischen Exzessen in puncto sex and crime. Dass jemand auf die Idee kommen könnte, Krieg und Rassenhass zu verherrlichen, erschien zu ungeheuerlich, um vermutet zu werden, selbst als die Produkte sich häuften, deren Kassieren schon einiges befürchteter liess.

Die Tendenzklausel des § 1 (2), nach der allerdings allein aus politischen Gründen nicht indiziert werden kann, liess manchen ein Antragsverfahren gegen Kriegsliteratur und politische Literatur übler Tendenz als wenig aussichtsreich erscheinen, weil er zunächst andere als "politische" Argumente gegen sie nicht sah. Es muss jedoch betont

werden, dass es sehr wohl "moralische Jugendschützer" gab, die eine Gefahr auch in den Kriegsgroschenheften zumindest witterten und sich immer vorbehielten, sie aufzuspüren und zu bekämpfen, sobald die reichliche laufende Arbeit dazu Kräfte belassen würde.

Ein Bündnis ermöglichte es schliesslich, dass der Kampf aufgenommen und erfolgreich geführt werden konnte. "Aussenstehende", die darauf warteten, dass die berufenen Fachleute des Jugendschutzes sich auch einmal vom "moralischen Schmutz" dem "politischen Schmutz" zuwenden würden, der ihnen mindestens ebenso gefährlich erscheinen wollte, wurden schliesslich ungeduldig und taten das einzig mögliche: sie traten zu den anderen, die sich zu der Last traditioneller Mähen neue Aufgaben nicht ohne weiteres aufbürden konnten, und griffen diesen Faden auf. So waren sie nicht länger Aussenstehende, und bald zeigte es sich, dass sie so abseits von Gedanken und Arbeit des Jugendschutzes gar nicht gestanden hatten. Die Gewerkschaftler, Jugendleiter, Publizisten, weitere Pädagogen und Juristen argumentierten zwar anders und hatten andere Schwerpunkte, aber alle wollten Gefahren von der Jugend abwenden.

Es dauerte gar nicht lang, da erkannten beide Gruppen, dass eine Unterscheidung in "moralischen" und "politischen" Jugendschutz gar nichts besag. In beider Fällen hatten sie politische Aspekte und Auswirkungen. Es ist vom "sittlichen" Standpunkt aus nicht verdächtig, wenn jemand politische Gründe dafür hat, im Jugendschutz zu arbeiten; und es ist vom "politischen" Standpunkt aus nicht abseitig, die Jugend vor sittlichen Gefahren zu bewahren. Erzieher, Jugendleiter, Beamte, Juristen, Gewerkschaftler, Parteivertreter, Geistliche, die sich um die Jugend bemühen, eint der gewünschte Effekt ihres Wirkens: junge Menschen zu selbständig denkenden, verantwortlichen und an Leib und Seele gesunden Bürgern unserer Demokratie heranwachsen zu sehen. Das ist eine zu gleichen Teilen sittliche wie politische Zielsetzung, und beides zusammen und beides zugleich!

Es kann niemandem gleichgültig sein, wenn verstandesbegabte Wesen im frühen Alter, im entscheidenden Abschnitt ihrer Entwicklung von Geschäftsmachern und Managern aller Art und Güte ihrem Sexus hörig, dem Konsum von Schnulzen und entbehrlichen Textilien untertan gemacht, geistig verödet, seelisch verroht oder politisch verführt werden. Es macht da keinen so fundamentalen Unterschied mehr, ob wir das von dem Verwalter eines kontechnischen Nichts wie dem Frohbörs oder dem Sachwalter politischer Wahnidee wie dem Hitler managen lassen; sie sind wahlweise austauschbar, wo immer Menschen zu nicht viel mehr tauglich gemacht worden sind, als beliebig addierbare Teilchen einer Masse zu sein.

Der politische Weg Zyperns

Von Dr. Basil Mathiopoulos

Alle Zeichen deuten darauf hin, dass es in der jetzt konstituierten Vollversammlung der Vereinten Nationen nicht nur wegen der heissen Thematik einzelner Programmpunkte zu stürmischen Diskussionen kommen wird. Nach dem tragischen Tod ihres Generalsekretärs Dag Hammarskjöld wird sich die 16. Sitzung der Weltorganisation auf die Frage ihres Mechanismus konzentrieren. Während so die Fortsetzung der künftigen politischen Wirksamkeit neu fundiert werden muss, um die Arbeit der UNO für den Weltfrieden zu gewährleisten, rücken einige interessante Momente der derzeitigen Herbstsitzung etwas in den Hintergrund. Dazu gehört auch die bescheidene, jedoch nicht unbedeutende Anwesenheit Zyperns als eine der kleinsten Nationen, die vor dem Weltgremium ein Mitspracherecht ausüben. Als einzige nicht-farbige Demokratie wurde die junge Republik Zypern 1960 zusammen mit 15 afrikanischen Staaten in die UNO aufgenommen.

Wichtiger strategischer Punkt

Diese Tatsache ist nicht nur für das politische Prestige der kleinen Insel von Wichtigkeit. Zypern gilt auch nach der Erlangung seiner Unabhängigkeit als strategisch wertvoller Faktor im östlichen Mittelmeer. Infolge vertraglicher Zusicherungen unterhält Grossbritannien weiterhin im Süden der Insel bei Akrotiri in der Nähe Limassols militärische Basen. Dessen ungeachtet hat die Regierung in Nikosia von Anfang an versucht, möglichst den Weg einer blockfreien Politik einzuschlagen. Der Beitritt zum Commonwealth, der unter dem Druck des Parlamentes vollzogen wurde, hat mehr einen wirtschaftlichen Charakter. Zypern handelte sich infolge seiner Zugehörigkeit zum Bereich des Sterling durch besondere Abmachungen die Vorteile ein, die eben nur Gliedern der britischen Völkerfamilie eingeräumt werden. Dem gegenüber hebt sich ganz klar die politische Linie des jungen Staates ab! Sie schwenkt mehr auf den freieren Kurs anderer wichtiger Mitglieder des Commonwealth ein, wie er zum Beispiel für Indien Tradition geworden ist. Die Möglichkeiten für Zypern sind allerdings begrenzt. Die Verträge von Zürich und London, die 1959 Zypern die Unabhängigkeit garantierten, enthalten notgedrungen, dass Nikosia mit London, Athen und Ankara zusammenarbeiten muss. Das ist bedingt durch den geschichtlichen und völkischen Hintergrund. Drei Komponenten bestimmen nämlich die politische Realität Zyperns: Es sind die 400 000 Griechen, die 100 000 Türken und die Tatsache, dass die Insel von 1878 bis 1959 zur Herrschaftsbereich der britischen Krone zählte.

Hilfe aus Washington und Bonn

Die Regierung in Nikosia verstand es jedoch, diesen quasi natürlichen Rahmen seiner Beziehungen auszuweiten und besonders mit Washington und Bonn gute Kontakte aufzunehmen. Sowohl die USA als auch die Bundesrepublik haben Zypern weitgehende technische Hilfe zur wirtschaftlichen Erschliessung der Bodenschätze und zur Ausbildung der notwendigen Fachkräfte zugesichert. Übrigens hat Zypern eine der sechs Botschaften, die es im Ausland unterhält, in Bonn eingerichtet. Mit Kairo unterhält Nikosia ebenfalls freundschaftliche Verbindungen, nicht zuletzt wegen der Sympathien, die die VAR dem zyprischen Freiheitskampf entgegenbrachten.

Als erster bedeutender Schritt zu einer selbständigen Aussenpolitik muss die Teilnahme Zypers an der Konferenz der blockfreien Staaten in Belgrad bezeichnet werden. Erzbischof Makarios, der Präsident der Republik - er ist mit ähnlichen Vollmachten ausgestattet wie der Präsident der Vereinigten Staaten - hat auf diesem von aller Welt beobachteten Treffen eine wichtige Rolle gespielt. Er betonte vor allem den Willen der kleinen Völker, sich mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln für die Erhaltung und Sicherung des Weltfriedens einzusetzen zu wollen. In seiner Hauptrede vor den versammelten Regierungschefs unterstrich Makarios das Recht des deutschen Volkes auf Selbstbestimmung und bezeichnete die Wiedervereinigung Deutschlands als eine wichtige Voraussetzung zur Beilegung der gegenwärtigen Weltspannungen.

Auch kleine Staaten haben Einfluss

Es zeigte sich einmal mehr, dass die kleinen Staaten, wenn ihnen auch die effektive Macht zum direkten Eingreifen in das grosse Weltgeschehen fehlt, eine nicht zu unterschätzende Wirkung auf internationalen Zusammenkünften haben können und - wie im Fall Zypern - in der UNO aktives Stimmrecht besitzen. Wie aus Nikosia verlautet, wird der Regierungschef Zypers persönlich an der Vollversammlung teilnehmen.

Vorausgesetzt, dass sich die inneren Verhältnisse auf Zypern weiter konsolidieren, verspricht Zypern ein Faktor des Gleichgewichts und der Sicherheit im neutralistischen Raum des Nahen Ostens zu werden. Mit seinen Naturschönheiten und der 3000-jährigen kulturellen Tradition ist Zypern nicht nur ein Zentrum des Tourismus. Auf lange Sicht kann es ein kleines demokratisches Musterland westlichen Stils werden. Durch die bittere Erfahrung seiner Geschichte vermag Zypern in der UNO die Argumente jener Gruppe zu erhärten, die Gewalt und Unrecht missbilligt und die grundlegenden Rechte für alle Völker ohne Ausnahme einklagt. Zypern ist als Staat jung. Seine Führer aber seien erfahren und klug genug, um einen selbständigen Weg in eine freie Zukunft zu finden.

Polnische Ostseehäfen immer interessanter

Von Rudolf Hornig

Der Bogen der Prager Lobsprüche für die heutigen polnischen Häfen an der Ostsee - vor allem für Gdingen, Stettin und Danzig - ist sehr weit gespannt. Er umfasst sowohl die Parole "Die Ostsee (Baltisches Meer genannt) ist auch unser Meer", als auch den ständigen Hinweis darauf, dass die polnischen Häfen zusehends moderner werden und ein Grossteil des Überseehandels der Tschechoslowakei über diese Häfen läuft. Nach einem Bericht der Prager Zeitung "Lidova Demokracie" geht bereits die Hälfte dieses Überseehandels über die Häfen Gdingen, Stettin und Danzig. Diese drei Häfen hatten im Vorjahr einen Transitumschlag von 3,25 Millionen Tonnen. Davon entfielen auf die Tschechoslowakei 2,7 Millionen Tonnen, der Rest zum Grossteil auf die Sowjetunion.

Sonderstellung für Stettin

Eine Sonderstellung für die Tschechoslowakei nimmt vor allem im Frühjahr und Herbst, wenn die Oder schiffbar ist, der Hafen Stettin ein, der auch über die Elbe und von Magdeburg über die norddeutschen Kanäle und den Unterlauf der Oder zu erreichen ist. So weiss "Lidova Demokracie" zu berichten, dass viele der für die CSSR bestimmten Waren aus Übersee über Stettin gehen. Es sind dies vor allem Erze (hauptsächlich sowjetische Eisenerze), Getreide (gleichfalls aus der UdSSR), Holz (aus Finnland) und Stückgutsendungen. Wegen dieser Stückgutsendungen hat es jahrelang im Stettiner Hafen Engpässe bei der Lagerung gegeben. Mit Befriedigung vermerkt jetzt die Prager Zeitung, dass in Stettin der Bau von Lagerhäusern beendet wird und dass in der letzten Zeit 15-Tonnen-Portal-Kräne aus der Sowjetzone in Betrieb genommen wurden, durch welche die Umschlagkapazität erhöht werden soll.

In wesentlichen ist aber Stettin der grosse polnische Kohlausfuhrhafen geblieben, auch wenn jetzt eine Basis für den Export von Gemüse gebaut wird, die gleichfalls noch in diesem Jahr fertiggestellt sein soll. Seit dem Kriege haben Stettin insgesamt 45 000 Schiffe mit Kohle verlassen und ihre Kohlenfracht in einer Gesamtmenge von mehr als 40 Millionen Tonnen nach 29 Ländern befördert. In den letzten

Jahren konnte die Zahl der Länder, die oberschlesische Kohle über Stettin beziehen, kaum noch gesteigert werden. Denn vor drei Jahren wurden bereits 26 Empfangsländer verzeichnet, seither sind nur noch drei hinzugekommen.

In Konkurrenz mit Hamburg

Ein besonders Lob zollt Prag den polnischen Investitionsvorhaben auf dem Gebiete der Seeschifffahrt und des Fischfangs. Der derzeitige polnische Fünfjahresplan sieht 17,8 Milliarden Zloty als Investitionen für die Seeschifffahrt vor. Das ist doppelt so viel, wie in den letzten fünf Jahren aufgewendet wurde. Bis 1965 soll die polnische Handelsflotte 91 neue Seeschiffe erhalten. Den polnischen Frachtern wird laut Plan die Aufgabe obliegen, jährlich 10 Millionen Tonnen Waren zu befördern. Vom polnischen Hafen Gdingen wird berichtet, dass er der modernste Hafen der Ostsee und der "Stolz Polens" sei. In Gdingen ankerten bereits auch grosse Transozeanschiffe, die früher Hamburg angelaufen hätten. Insgesamt sollen die Häfen Gdingen, Stettin und Danzig bis 1965 eine jährliche Umschlagskapazität von 28 Millionen Tonnen haben und so an den derzeitigen Jahresumschlag von Hamburg herankommen, der im Vorjahr über 30 Millionen Tonnen betragen hat.

"Fischereigrossmacht Polen"

Prag, das den Hauptanteil seiner Seefische derzeit aus Island und Norwegen bezieht, zeigt sich auch stark an der Entwicklung der polnischen Hochseefischerei interessiert. Die genannte Prager Zeitung nennt Polen eine Fischerei-Grossmacht. Seit dem Kriege wurde der Fischereihafen Swinemünde errichtet und es wurden weitere Häfen als Fischereistützpunkte ausgebaut. Darunter befinden sich Gdingen, Stettin, die Halbinsel Hela, Loberg, Rügenwalde und Leba sowie einige kleinere Häfen an der Küste des ehemaligen polnischen Korridors. Auf der Ostsee fischen regelmässig 2000 Schiffe unter polnischer Flagge. Von den modernen Trawlern wird gesagt, dass sie in der Technik des Fischfangs ähnlichen deutschen, dänischen und britischen Schiffen nicht nachstehen. Die im Ostblock gebräuchlichen Leistungswettbewerbe finden wir auch unter den polnischen Hochseefischern. Der Trawler "Nida" aus Swinemünde hält derzeit den polnischen Fischfangrekord. Das Schiff brachte es an einem Tage auf eine Fangleistung von 30 Tonnen Fische. + + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel